



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/89 - 19.4.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Die Angst vor der österreichischen Lösung

sp - Die Äußerung eines Regierungssprechers, die Bundesregierung betrachte die Aufstellung der zwölf westdeutschen Divisionen nicht als Selbstzweck, hat in einem Teil der deutschen Presse phantasiereiche Kombinationen ausgelöst, die den Eindruck hervorrufen, als ob Bonn an der Entwicklung jener neuen politischen Konzeption arbeite, von denen der Bundeskanzler erst kürzlich gesprochen hatte. Es wurde in diesem Zusammenhang an den Artikel 10 der Pariser Verträge erinnert, der die Möglichkeit einer Abänderung der Verträge für den Fall einer Wiedervereinigung Deutschlands oder eines europäischen Zusammenschlusses vorsieht. Dazu ist zu sagen: Die neuen "politischen Konzeptionen" Bonns bewegen sich also im Rahmen jenes Vertragswerkes, das eine friedliche deutsche Wiedervereinigung ausschließt und die Gefahr einer dauernden Spaltung beinhaltet.

Die Bundesregierung hat bisher keine Schritte unternommen, um von sich aus einen Beitrag zur Entspannung der europäischen Lage zu leisten, obwohl die weitgehenden sowjetrussischen Konzessionen in der österreichischen Frage gute Voraussetzungen für ein internationales Verhandlungsklima geschaffen haben. Sie beharrt auf der Inkraftsetzung der Pariser Verträge vor der Aufnahme von Gesprächen der Westmächte mit der Sowjetunion, ohne auch nur die Möglichkeiten zu überprüfen, die sich im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung durch Verhandlungen ergeben könnten. Ihre Passivität gerade in diesen entscheidenden Wochen und Monaten muß in West und Ost die unverkennbare Tendenz verstärken, auf der Grundlage eines zweigeteilten Deutschlands sich zumindest zeitweise zu verständigen. Denn West und Ost stehen angesichts des tödlichen Atomaren Wettlaufens vor dem Zwang zum Verhandeln. Aber das Schweigen Bonns und das Fehlen jeder eigenständigen, von gesamtdeutschen Interessen geleiteten Initiative wird in der Welt auch als westdeutsche Zustimmung zum Status quo aufgefasst werden. An beunruhigenden Vorzeichen fehlt es nicht.

Offensichtlich schwebt dem Bundeskanzler als Bonner Beitrag zur Entspannung vor, weniger westdeutsche Divisionen aufzustellen, als im Rahmen der Verträge vorgesehen sind. Er "übersieht" dabei, dass es heute nicht auf die Zahl der westdeutschen Truppeneinheiten ankommt, sondern vielmehr um die Aufhebung eines Vertrages, der unvereinbar mit der deutschen Wiedervereinigung ist. Der Weg zur allgemeinen Entspannung führt nicht über eine begrenzte westdeutsche Aufrüstung, sondern über ein vereinigtes Deutschland, das weder dem Osten noch dem Westen militärisch angeschlossen ist. Aber ein solcher Weg ist in den neuen politischen Konzeptionen des Bundeskanzlers nicht enthalten, sie bewegen sich im alten Geiste, auf alten Bahnen.

* * *

Verstoß gegen die Menschenrechte

sp - Seit Tagen ist es im Saarland nicht mehr möglich, auch nur die privatesten Telefongespräche zu führen, ohne dass die französische Besatzungsmacht und deren Handlanger davon erfahren. Im offiziellen Auftrag, gezeichnet vom Präsidenten des französisch-saarländischen Gerichtshofes (!) und vom saarländischen Innenminister Hector, wurden alle Anschlüsse wieder in die Telefonüberwachung aufgenommen, die kürzlich von der Saarpost wegen Störungen abgeklingt worden waren. Zu den Überwachten gehören der Bürgermeister von Saarbrücken, die Landtagsabgeordneten, die Apparate der Gewerkschaften, natürlich auch die Führer der nicht zugelassenen deutsch-freundlichen Parteien und sogar das Telefon des päpstlichen Visitators Monsignore Schullien, dies wohl deshalb, um dieser Gestapo-Methode so etwas wie einen unparteilichen Charakter zu geben. Denn die Unfreiheit kennt keine Ausnahmen.

Die Telefonüberwachung ist eines der übelsten Kennzeichen des modernen Polizeistaates. Sie wird nun von einem Land ausgeübt, das sich zum Mutterland der westlichen Zivilisation zählt. Wo bleibt hier die Achtung vor den Menschenrechten? Diese neueste Willkür-Anordnung gibt einen Vorgeschmack davon, was die rund 900 000 Saardeutschen im Rahmen des Saarstatuts erwartet - jenes Statuts, das ihnen, nach dem deutschen Bundeskanzler, die ungeschmälerte Ausübung der Rechte eines freien Staatsbürgers gewähren sollte...

Die französische Besatzungsmacht und der saarländische Innenminister nehmen bei diesem Rückfall in die schlimmste Besatzungszeit allerdings von dem Freibrief Gebrauch, den ihnen die größte deutsche Regierungspartei, die CDU/CSU, bei der Schlussabstimmung über die Pariser Verträge ausgestellt hat. Damals stimmte die Kanzlerpartei gegen einen Antrag der Opposition, der u.a. besagte, die Annahme des Saarstatuts so lange zu verweigern,

bis der Vertreter Frankreichs und die ihm nachgeordneten politischen Beamten im Saargebiet, die französische Polizei und die französischen Truppen das Gebiet verlassen und französische Bürger im Staatsdienst ihr Amt niedergelegt haben, alle Ausweisungen aus politischen Gründen aufgehoben worden sind und die Tätigkeit der politischen Polizei der jetzigen Saarregierung eingestellt ist.

Dieser Antrag wurde damals niedergestimmt. Heute sehen wir die Folgen. Heute muß die Saarteilvölkerung Polizeimethoden über sich ergehen lassen, die sich in nichts von denen Pankows unterscheiden. Warum schweigt dazu die Bundesregierung? Reicht es nicht einmal zum Protest? - 3 -

Atompolitik und Militärstrategie

Überraschende Schlussfolgerungen Moskaus

J. Sch. In den letzten Wochen haben die neuen Machthaber im Kreml in der Frage der Atomwaffen eine wichtige Wendung vorgenommen. Während die von Moskau in aller Welt aufgezogenen Satellitenorganisationen des Kommunismus, die sog. "Verbände der Friedenskämpfer", an die pazifistischen Gefühle breiter Schichten anknüpfend das Schreckensbild eines Zusammenbruchs der Menschheit durch die Atombombe zeichneten und das von den Sowjets geforderte Verbot dieser Waffe in der öffentlichen Meinung propagierten, hat sich in den führenden Kreisen der UdSSR selbst ein Gesinnungswandel vollzogen. Bereits im März auf der Tagung des Obersten Sowjets hatten Molotow, Bulganin und Koniev neue Töne angeschlagen. Sie äusserten damals die Meinung, dass ein Atomkrieg nur den Westen vernichten würde, wobei sie durchblicken liessen, dass die Sowjet-Union eine erdrückende Übermacht auf dem Gebiet der Atomwaffenherstellung besitzt.

Welches sind die Gründe dieser "Meinungsänderung" Moskaus? Einer der wichtigsten war der Beschluss der USA, im Falle eines bewaffneten Konfliktes taktische Atomwaffen einzusetzen. Taktische Atomwaffen aber können praktisch von allen Ländern, die über Uranerze verfügen wie etwa Kanada, Belgien, Frankreich hergestellt werden. Das bedeutet, dass eine regelrechte Revolutionierung der Militärstrategie sich vorbereitet, die von den bedeutendsten Spezialisten mit der vor Jahrhunderten erfolgten Einführung der Feuerwaffen gleichgesetzt wird. Die Sowjets beobachteten diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit, da der Übergang zu einer neuen Strategie die Entthronung der klassischen Einheiten als "Königin der Schlachten" herbeiführen würde und Massenkonzentrationen eben Massenvernichtung mit sich bringen müssen. Während in der USA gewisse Militärkreise einen verzweifelten Kampf um die Verteidigung der klassischen Strategie kämpfen, scheinen die Sowjets bereits die nötigen Schlüsse aus der veränderten Lage gezogen zu haben.

Rote Armee passt sich an

Ihre bisherige Taktik, das Übergewicht bei den klassischen

19.4.1955

Waffen zu bewahren und das Verbot der Atomwaffen zu erzwingen, wurde als überholt und veraltet aufgegeben. Die Rote Armee bereitet die Anpassung an die neue Situation vor: Sie gibt ihren Soldaten in verstärkter Zahl taktische A-Waffen in die Hand. Die bisherige Propaganda gegen die vernichtende Wirkung der Atomwaffen konnte bei einer solchen Sachlage nicht beibehalten werden.

Im Rahmen der dadurch ausgelösten Bemühungen wurde ein Erziehungsprogramm in der Roten Armee eingeleitet, das einerseits den Soldaten die durch jahrelange Propaganda eingepflichtete Angst und das Gefühl, dass A-Waffen verbrecherisch sind, auszutreiben, sie dabei aber andererseits gleichzeitig mit der Handhabung taktischer A-Waffen vertraut zu machen. Diese gegenwärtig laufende psychologische Vorbereitung kann nur als Vorspiel zur Reorganisation des sowjetischen Militärsystems, sich den Erfordernissen der Atomtaktik anzupassen, gewertet werden. Der Eindruck, dass die Sowjets ihre Wahl getroffen haben, wird verstärkt, wenn man bedenkt, dass sie in den letzten Wochen bereit waren, auf dem Gebiete der Propaganda unvermeidliche Rückschläge hinzunehmen, um sich auf militärischem Gebiet auf eine neue Strategie vorbereiten zu können.

Dieser Entwicklung in der Sowjet-Union, sich auf einen Atomkrieg vorzubereiten, entspricht die Konzeption maßgebender USA-Militärkreise, die heute gegen die Verfechter der "klassischen Strategie" Boden gewinnen und gleichfalls einen Atomkrieg als unabwendbar annehmen. Ein neuer Krieg, wo er auch ausbrechen mag, wird trotz aller Dementis und Verschleierungsversuche ein Atomkrieg sein. Ob dieser nur mit taktischen Waffen oder auch Atombomben geführt wird, dürfte für die Menschheit eine Nuance sein, die im Endeffekt keine Unterschiede macht. Die Militärs in beiden Lagern sind sich einig und beginnen sich auf diese Möglichkeit einzustellen.

Nicht deutsche Divisionen - die höchstens zur Zündschnur am Pulverfass werden können - sondern nur der tatsächliche Wille in beiden Machtblöcken eine Selbstvernichtung der Menschheit zu verhindern, kann zur Rettung des Friedens führen.

Albert Einstein

Von Prof. Dr. Grete Henry-Bermann

Vor einem halben Jahrhundert, im Jahre 1905, veröffentlichten die "Annalen der Physik" die Arbeit eines sechsundzwanzigjährigen Angestellten des Patentamtes in Bern: Albert Einsteins "Spezielle Relativitätstheorie". Dieses Jahr wurde zu einem Markstein in der Geschichte der Physik, zum Geburtsjahr der Relativitätstheorie, die ihr Schöpfer in jahrzehntelanger Arbeit weiter ausgebaut hat und die heute zum wesentlichen Bestand der modernen Physik gehört. Mit genialer mathematischer Phantasie, in scharfsinnigem beherrschenden Bohren hat dieser Forscher, einer der größten seiner Wissenschaft, sich frei gemacht von überkommenen Vorstellungen und dem physikalischen Weltbild unserer Zeit völlig neue, zunächst paradox anmutende Ausblicke eröffnet. Dass sie fruchtbar waren, hat die Erfahrung bestätigt.

Aber wenn man heute dieses Mannes gedenkt, der seine Augen nun für immer geschlossen hat, dann steht ein Mensch vor uns, der mehr war als ein großer Gelehrter.

Die Welt der wissenschaftlichen Forschung konnte ihn abziehen von den Sorgen und Aufgaben des Alltagslebens, vom Achten auf Mahlzeiten, auf die eigene Gesundheit, dem Umgang mit Geld. Sie hat ihn von seiner Jugend an nie bewegt, den Blick zu verschließen vor der Not und Gefährdung des Menschen unserer Zeit. Als Student in Zürich war er der Freund Friedrich Adlers, der sein Interesse für Politik weckte und mit dem ihn die Liebe zum Frieden und die Achtung vor der menschlichen Würde und Freiheit verband.

Albert Einstein ist nicht Politiker geworden. Aber er hat, als Kriegsgegner und Anwalt des jüdischen Volkes, dem er selber angehörte, ehrlich und unerschrocken seine Stimme erhoben, wo immer sein waches Verantwortungsgefühl und die Wärme seines Herzens es ihm gebot. Nach dem ersten Weltkrieg verfolgte er mit kritischer Anteilnahme die Arbeit des Völkerbundes, dessen "Komitee für geistige Zusammenarbeit" er angehörte. Er sah bald, dass der Völkerbund die ihm gesetzte Aufgabe

der Friedenssicherung nicht zu erfüllen vermochte; denn der Völkerbund gab zwar Gesetze und schlichtete Streitfälle aber es fehlte ihm die Macht, seine Beschlüsse gegen den Widerstand nationaler Sonderinteressen durchzusetzen. Von da an gingen Einsteins Fragen und Suchen nach einer übernationalen Organisation, die Recht und Ordnung zwischen den Staaten zu sichern, imstande wäre. "Was der Glaube an die Allmacht der physischen Gewalt im politischen Leben die Oberhand bekommt, gewinnt diese Gewalt Eigenleben und erweist sich als stärker als die Menschen, welche die Gewalt als Werkzeug zu verwenden glauben. Es gibt nur einen Weg zu Frieden und Sicherheit: den Weg einer übernationalen Organisation."

Mit erneuter Energie hat Einstein diese Gedanken aufgenommen und vertreten, als die Frage der Atomwaffen an die Öffentlichkeit herantrat: "Unsere Verteidigung liegt nicht in Rüstungen noch in der Wissenschaft, noch in unterirdischen Schutzräumen. Unsere Verteidigung liegt in Recht und Ordnung." Und an anderer Stelle: "Das Problem ist nicht die Atomenergie - das Problem ist das Herz des Menschen." Im Mai 1946 wurde das Komitee der Atomwissenschaftler mit Einstein als Vorsitzenden gegründet. Seine Aufgabe war, Wege zur Kontrolle der Atomenergie zu suchen. Die Männer dieses Komitees sehen den einzigen Weg dazu in einer zuverlässigen Weltregierung.

Ein Mensch guten Willens ist von uns gegangen. Weder der Hass, der ihm, dem Juden und Kriegsgegner, in den Jahren vor 1933 entgegen schlug, noch die Ehrungen, die dem großen Physiker dargebracht wurden, konnten die Einfachheit und Bescheidenheit seines Wesens erschüttern: "Ich verstehe sehr wenig von den physikalischen Gesetzen, die das Weltall regieren." * * *

Der einzige Weg

Das Gewinnstreben in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten ist verantwortlich für die Unbeständigkeit in der Anhäufung und Nutzbarmachung des Kapitals, was zu ernstesten Störungen führt. Unfreiwillige Konkurrenz führt zu einem ungeheuren Arbeitsverlust und zur Verkrüppelung des sozialen Gewissens der einzelnen Menschen.

Diese Deformierung des Menschen halte ich für das Grundübel des Kapitalismus. Unser ganzes Erziehungssystem krankt an diesem Übel. Ein übertriebenes Konkurrenzbestreben wird dem Studenten eingeprägt, der zu einem vorübergehenden Arbeitserfolg als Vorbereitung für seine künftige Karriere angehalten wird.

Ich bin überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, um diesem ernsthaften Übel zu begegnen, nämlich die Schaffung einer Sozialwirtschaft, die begleitet ist von einem Erziehungssystem, welches auf soziale Ziele ausgerichtet sein sollte.

Albert Einstein